ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Klingemann, Hans-Dieter

Article — Digitized Version

Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD: Fallstudie Baden-Württemberg

Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik - 2.1971

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Klingemann, Hans-Dieter (1971) : Politische und soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD: Fallstudie Baden-Württemberg, Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik - 2.1971, Olzog, München, Wien, pp. 563-601

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/112548

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

WZB
Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung

WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).
Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.
The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:
Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000 verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.
More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000.

Hans D. Klingemann

Politische und Soziale Bedingungen der Wählerbewegungen zur NPD

Fallstudie Baden-Württemberg

Es ist eine offene Frage, unter welchen politischen und sozialen Bedingungen eine rechtsradikale Partei für größere Teile der Bevölkerung zu einer wählbaren Alternative wird. Analysen der Wahlerfolge der NPD, der jüngsten Manifestation des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik, bieten wenig Raum für einfache Erklärungen. So konnten die Gewinne der NPD weder generell mit den Verlusten einer bestimmten anderen Partei erklärt werden, noch war es eine bestimmte soziale Gruppierung allein, die sich der neuen Rechtspartei zuwandte. Beim bisher gegebenen empirischen Befund erscheinen explorative Fallstudien mit dem Ziel der Hypothesenfindung für die theoretische Analyse als eine angemessene Forschungsstrategie. Eine solche Fallstudie, die sich mit den Ursachen des NPD-Erfolgs bei der Landtagswahl vom 28. April 1968 in Baden-Württemberg befaßt, soll hier vorgelegt werden.

I. Wählerbewegungen zur NPD

1. Das Wahlergebnis vom 28. April 1968

Die letzte Landtagswahl vor der Bundestagswahl 1969 brachte der NPD den größten Wahlerfolg seit ihrer Gründung im Jahre 1964. Die neue Rechtspartei konnte 9,8 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen gewinnen. 381 569 Wahlberechtigte hatten damit für die NPD gestimmt; verglichen mit der Bundestagswahl 1965 bedeutet das eine Steigerung des Wähleranteils um 290 Prozent.
Neben dem Wahlerfolg der NPD zeigte die baden-württembergische Landtagswahl drei weitere, charakteristische Ergebnisse:

1. Die Wahlbeteiligung erreichte, verglichen mit den vorhergehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, ihren bisher höchsten Wert.
2. Die SPD erlitt, verglichen mit den vorhergehenden Landtagswahlen — auch der anderen Bundesländer —, ihre bis dahin schwerste Niederlage.
3. Die Stimmenanteile von CDU und FDP veränderten sich, verglichen mit der vorhergehenden Landtagswahl in Baden-Württemberg, kaum. Die CDU hatte leichte Stimmenverluste, die FDP leichte Stimmengewinne zu verzeichnen.

Die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl 1968 erreichte 70,7 Prozent: von den 5 612 242 wahlberechtigten Bürgern gaben 3 970 542 ihre Stimme ab. Eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung gab es in Baden-Württemberg nur noch bei der Landtagswahl 1956 mit 70,2 Prozent.
Der Anteil der SPD-Stimmen ging, gegenüber der Landtagswahl 1964, von 37,3 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen auf 29,0 Prozent zurück. Das entspricht etwa den SPD-Ergebnissen bei den Landtagswahlen von 1952 und 1956. Trotz der gegenüber den Vorwahlen gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten und der gestiegenen Wahlbeteiligung verloren die Sozialdemokraten nicht nur prozentual, sondern auch absolut Stimmen; insgesamt waren es 225 618 Wähler, 16,7 Prozent der Wählerschaft von 1964.
Absolut gesehen konnten sowohl CDU als auch FDP Stimmen hinzugewinnen: die CDU hatte 1968 46 587, die FDP 87 653 Wähler mehr als 1964. Da die Zahl der abgegebenen, gültigen Stimmen jedoch fast dreimal so stark zunahm wie die CDU-Stimmen, fiel der prozentuale Anteil der CDU von 46,2 Prozent 1964 auf 44,2 Prozent 1968. Die CDU blieb auch mit diesem Ergebnis, ihrem zweitbesten in der Geschichte der baden-württembergischen Landtagswahlen, wie stets, unangefochten stärkste Partei. Die FDP erreichte 1968 ein knappes Fünftel mehr Stimmen als 1964; ihr Stimmenanteil stieg damit auch prozentual von 13,1 Prozent 1964 auf 14,4 Prozent 1968 an. Erstmals gelang es der FDP durch dieses Ergebnis, einen seit 1952 bei allen Landtagswahlen zu beobachtenden Abwärtstrend zu stoppen. Neben CDU, SPD, FDP und NPD kandidierten noch folgende Parteien: die AUD (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher), die DL (Demokratische Linke) und die FSU (Freisoziale Union). Diese Parteien konnten insgesamt nur 2,6 Prozent der abgegebenen, gültigen Stimmen auf sich vereinigen.
Die politischen Kräfteverhältnisse, die sich im Landtagswahlergebnis von 1968 zeigen, sind — trotz der dargestellten Besonderheiten — typisch für das baden-württembergische Parteiensystem. Es ist, wie

auch bei den Bundestagswahlen, gekennzeichnet durch eine schwache Position der SPD und relativ starke Positionen der CDU und FDP[1]).

Tabelle 1: Die Wahlergebnisse der Landtagswahlen in Baden-Württemberg

Wahljahre	Wahlbeteiligung %	CDU %	SPD %	FDP %	Andere Parteien %	
1952	63,7	36,0	28,0	18,0	18,0	
1956	70,2	42,6	28,9	16,6	11,9	
1960	59,0	39,5	35,3	15,8	9,4	
1964	67,7	46,2	37,3	13,1	3,4	Darunter
1968	70,7	44,2	29,0	14,4	12,4	NPD: 9,8

2. *Die ökologische Analyse der Wählerfluktuationen* (Tabellenanhang: Tabellen I und II)

Die Beziehungen zwischen der Wahlbeteiligung und den Stimmenanteilen der Parteien soll zunächst mit Hilfe einer Korrelationsanalyse untersucht werden. Einheiten der Korrelation sind die 72 Stadt- und Landkreise Baden-Württembergs. Zur Darstellung der Zusammenhänge wird der Pearsonsche Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient verwendet.

a) Der Einfluß der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis

Als besonderes Kennzeichen der Landtagswahl 1968 wurde die hohe Wahlbeteiligung herausgestellt. Der Umfang des NPD-Erfolges legt die These nahe, daß insbesondere die NPD von der Wahlbeteiligung profitiert habe. Die Analyse stützt jedoch diese These in Baden-Württemberg ebenso wenig wie in den anderen Bundesländern; mit einer Ausnahme — Schleswig-Holstein — ergab sich auch hier stets eine negative Beziehung. In Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung war die NPD tendenziell schwächer als in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung. Dies gilt vor allem für Südwürttemberg-Hohenzollern und für Südbaden.

Wie 1964, so war auch 1968 die CDU in solchen Gebieten stark vertreten, die eine hohe Wahlbeteiligung aufwiesen. Dies gilt am ausgeprägtesten für Südbaden. Bis auf diesen Landesteil hat sich jedoch

[1]) Hans D. Klingemann: Die Ausgangssituation der Parteien zur Bundestagswahl 1969 in Baden-Württemberg, Institut für politische Planung und Kybernetik, Bad Godesberg 1969, S. 1—4 (hektographiert).

die Beziehung zwischen Wahlbeteiligung und CDU-Stimmenanteil im Vergleich zur Landtagswahl 1964 abgeschwächt.
Im Gegensatz zur CDU hatte die SPD überall dort geringe Stimmenanteile, wo die Wahlbeteiligung hoch war. Auch diese Beziehung ist, wie im Falle der CDU, schwächer geworden. Das gilt vor allem für Nordwürttemberg.
Wie für die SPD, so ergibt sich auch für die FDP — mit Ausnahme Nordwürttembergs —, daß sie in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung tendenziell schlecht abschneidet. Diese negative Beziehung findet sich besonders in Südbaden.
Ökologische Analysen der NPD-Erfolge in den Landtagswahlen nach der Bundestagswahl 1965 erbrachten — wiederum mit Ausnahme Schleswig-Holsteins — das Ergebnis, daß die NPD von einem Anstieg der Wahlbeteiligung in Gebieten mit traditionell niedriger Stimmabgabe profitierte[2]). In Baden-Württemberg gibt es Anhaltspunkte für diese These in Südwürttemberg-Hohenzollern und Nordwürttemberg: hier war die NPD in Gebieten mit schwacher Wahlbeteiligung stärker vertreten und gewann von einer Zunahme der Wahlbeteiligung. In Nordbaden und Südbaden, Gebiete, in denen die Wahlbeteiligung von 1964 auf 1968 insgesamt am stärksten gestiegen war, ergibt sich diese Beziehung jedoch nicht.
Von der gestiegenen Wahlbeteiligung in Nordbaden profitierte vor allem die FDP. Keine andere Partei hatte hier eine positive Korrelation zur Veränderung der Wahlbeteiligung. Auch in Südbaden stiegen die FDP-Gewinne mit steigender Wahlbeteiligung, doch hatte von der gestiegenen Wahlbeteiligung vor allem die CDU Vorteile. Vorteile von einer gestiegenen Wahlbeteiligung gab es für die CDU sonst nur noch in Südwürttemberg-Hohenzollern. Die SPD hatte durchgängig steigende Stimmenverluste in Gebieten mit steigender Wahlbeteiligung; nur in Nordbaden war diese Beziehung nicht so ausgeprägt. Als Ergebnis der Diskussion des Einflusses der Wahlbeteiligung auf das Wahlergebnis bleibt festzuhalten:

1. Die NPD-Stimmenanteile waren in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung tendenziell niedrig. Ein Anstieg der Wahlbeteiligung in Gebieten mit traditionell niedriger Wahlbeteiligung brachte der NPD in Südwürttemberg-Hohenzollern und Nordwürttemberg Vorteile.
2. Die CDU war in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung generell stärker, die SPD schwächer. Von einer gestiegenen Wahlbeteiligung

[2]) Hans D. Klingemann: Neuere Analysen zur Wählerschaft der NPD 1966—1968, Köln 1968, S. 3, Tabelle 3 (hektographiert). Auch in: Jahrbuch der Universität zu Köln 1968, Köln 1968.

profitierte die CDU nur in ihren Hochburgen im Süden, die SPD in keinem der unterschiedenen Gebiete.

3. Die FDP war, wie die SPD, in Gebieten mit niedriger Wahlbeteiligung stärker. Von einer gestiegenen Wahlbeteiligung gewann sie in Nordbaden und Südbaden, in den Gebieten also, in denen die NPD von einer gestiegenen Wahlbeteiligung nicht profitieren konnte.

b) Die Beziehungen der Parteistimmenanteile untereinander

Hohe Stimmenverluste der SPD kennzeichneten, neben der hohen Wahlbeteiligung und dem NPD-Erfolg, die Landtagswahl 1968 in Baden-Württemberg vor allem. Es soll nun geprüft werden, ob die hohen Stimmenverluste der SPD die hohen Stimmengewinne der NPD in ausreichendem Maße erklären. Das Ergebnis der Analyse zeigt gerade im Hinblick auf die Austauschbeziehungen der Parteien untereinander bedeutende regionale Unterschiede. Betrachtet man die Korrelationen der Veränderungen der Parteistimmenanteile von 1964 auf 1968, so ergibt sich folgender Befund:

1. Die NPD profitiert von den Stimmenverlusten der SPD in Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern; in Nordbaden und Südbaden profitiert die NPD dagegen nicht von den Stimmenverlusten der SPD. Die SPD schneidet hier im Gegenteil in solchen Gebieten relativ gut ab, in denen auch die NPD stark ist.
2. In Südbaden, Nordwürttemberg und, wenn auch in abgeschwächtem Maße, in Nordbaden finden sich hohe Gewinne der NPD in Gebieten mit starken Verlusten der CDU. Hier sind also Stimmengewinne der NPD auf Kosten der CDU wahrscheinlich.
3. Ausgenommen Südbaden, waren Gebiete mit nur schwacher Zunahme der FDP auch solche, in denen die NPD hohe Stimmenanteile verzeichnen konnte. Auch zwischen FDP und NPD sind daher Austauschbeziehungen zu vermuten.

Das überraschende Ergebnis dieser ökologischen Analyse ist also, daß alle Parteien, SPD, CDU und FDP zum NPD-Erfolg beigetragen haben. Diese Aussage, die sich auf die Korrelationen der Parteistimmenveränderungen in den Stadt- und Landkreisen gründet, die also der Gefahr des ökologischen Fehlschlusses unterliegt, wird mit Hilfe von Individualdaten weiter überprüft werden.

Von den SPD-Verlusten hat im Süden vor allem die CDU, in Nordbaden vor allem die FDP und in Nordwürttemberg, wie bereits erwähnt, vor allem die NPD profitiert. Zwischen FDP und CDU deutet die Höhe der Korrelationskoeffizienten überall auf Austauschbeziehungen hin.

Die Auswirkungen dieser Wählerbewegungen auf das baden-württembergische Parteiensystem zeigen wiederum starke regionale Unterschiede. Im Süden Baden-Württembergs war die Parteienkonstellation bisher stets dadurch gekennzeichnet, daß sich CDU- und SPD- bzw. FDP-Stimmenanteile weitgehend gegenseitig ausschlossen. Die CDU determiniert hier die Parteienkonstellation; sie hat bestimmte Hochburgen, die übrigen Parteien teilen sich in den Rest der Wählerstimmen. Die NPD, die 1968 als neue Partei in diese regionale Parteienkonstellation eindrang, korreliert, wie SPD und FDP, ebenfalls negativ mit den CDU-Stimmenanteilen. Positive Beziehungen hat die NPD dagegen mit SPD und FDP. Auch nach dem Hinzutreten der NPD bestimmt also die CDU weiterhin die Parteienkonstellation im Süden; die NPD ist hier eine der Parteien, die sich, wie SPD und FDP, in den Rest der Wählerstimmen teilen. Dies schließt Stimmengewinne der NPD von der CDU, wie zum Beispiel in Südbaden, keineswegs aus, besagt aber gleichzeitig, daß es sich dabei eher um Grenzwähler der CDU handelt. Im Norden ist die Parteienkonstellation nicht so eindeutig determiniert wie im Süden. In Nordwürttemberg schließen sich SPD- und CDU-Stimmenanteile bei weitem nicht so stark gegenseitig aus wie in den übrigen Landesteilen. Gleichzeitig schließen sich aber FDP- und CDU- sowie FDP- und SPD-Stimmenanteile sehr stark gegenseitig aus. Dies kennzeichnet eine Besonderheit der regionalen Parteienkonstellationen Baden-Württembergs gegenüber den im Bundesgebiet sonst anzutreffenden Parteienkonstellationen, die in der Regel entweder von der CDU oder von der SPD determiniert werden[3]). Bei der Parteienkonstellation in Nordwürttemberg, bei der keine der großen Parteien eindeutig dominiert, handelt es sich historisch gesehen, wie Fallstudien zeigen, um eine Konstellation Volkspartei vs. SPD, in die nach dem Zweiten Weltkrieg die CDU als dritte Partei eingedrungen ist[4]). Am erkennbarsten ist dieser Typ noch in den protestantischen, kleingewerblich-bäuerlichen Landgebieten des Nordens, in denen die FDP an die Tradition der Volkspartei sowie des Bauern- und Weingärtnerbundes anknüpfen konnte. Wie die stark positiven Korrelationen der NPD mit der FDP zeigen, sind es vor allem diese Gebiete, in die die NPD vorstoßen konnte.

Die Situation in Nordbaden ähnelt, was die Parteienkonstellation anbetrifft, dem Typ, in dem die SPD die Parteienkonstellation determiniert und die übrigen Parteien sich in den Rest der Wählerstimmen teilen.

[3]) Franz U. Pappi und Hans D. Klingemann: Regionale Unterschiede im Wählerverhalten, unveröffentlichtes Manuskript, Köln 1969.
[4]) Hans D. Klingemann: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, Meisenheim a. Glan 1969, S. 8—28.

Insbesondere in den Industriegebieten Nordbadens, den Hochburgen der SPD, schließen sich SPD- und CDU-Stimmenanteile sehr stark gegenseitig aus. Im Gegensatz zu 1964 schließen sich 1968 jedoch auch CDU- und FDP-Stimmenanteile weitgehend aus. Dies widerspricht einer von der SPD determinierten Parteienkonstellation. Wie die Analyse zeigt, haben sich die Schwerpunkte der FDP gegenüber 1964 in hohem Maße verlagert (FDP-Eigenkorrelation 1964/1968: .56!). In Nordbaden konnte die FDP massiv von den SPD-Verlusten profitieren; da die FDP gleichzeitig an die CDU verlor, muß die SPD heute zu einem Teil ihre Hochburgen mit der FDP teilen, während sich CDU- und FDP-Stimmenanteile stärker als 1964 gegenseitig ausschließen. Die Korrelationen der Parteienstimmenanteile 1968 weisen der NDP keinen eindeutigen Platz in dieser Parteienkonstellation zu. Erst wenn man die Wählerfluktuationen in die Betrachtung mit einbezieht, wird sichtbar, daß die NPD in alte FDP-Hochburgen und teilweise auch in CDU-Gebiete eingedrungen ist.
Als Ergebnis der Diskussion der Wählerfluktuationen ist in bezug auf die Bewegungen zur NPD festzuhalten, daß, je nach der regionalen Parteienkonstellation, SPD, CDU und FDP zum Wahlerfolg der neuen Rechtspartei in Baden-Württemberg beigetragen haben.

3. *Die Wählerfluktuationen im Spiegel der Umfrageergebnisse* (Tabellenanhang: Tabellen III—VII)

Die ökologische Analyse der Wählerfluktuationen hatte ergeben:

1. Die NPD war in Gebieten mit hoher Wahlbeteiligung generell schwächer. Sie profitierte jedoch in Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern von einem Anstieg der Wahlbeteiligung gegenüber der Landtagswahl von 1964.
2. Alle großen Parteien, CDU, SPD und FDP, hatten, je nach regionaler Parteienkonstellation, Stimmenverluste an die NPD.

Dieser Befund soll nun mit Hilfe von Umfrageergebnissen weiter überprüft werden. Die Feldarbeit der Umfrage, die für diese Analyse zur Verfügung steht, wurde im Mai 1968 vom DIVO-Institut, Frankfurt a. M., durchgeführt[5]). Die Befragten wurden mit Hilfe einer dreistufigen, zufallsgesteuerten Stichprobe ausgewählt; sie sollen die baden-württembergische Wohnbevölkerung im wahlfähigen Alter repräsen-

[5]) Anlage der Untersuchung: Arbeitsgruppe Politische Analyse und Prognose, Institut für politische Planung und Kybernetik, Bad Godesberg.

tieren[6]). Insgesamt wurden 895 Interviews durchgeführt. Die Ausschöpfungsquote der gezogenen Stichprobe lag damit bei 69 Prozent.

a) Methodischer Exkurs: Das Problem der Ermittlung von NPD-Präferenz

Zur Ermittlung der Wahlentscheidung bei der Landtagswahl wurden folgende Fragen verwendet:

1. „Haben Sie bei der Landtagswahl am 28. April gewählt oder sind Sie nicht zur Wahl gegangen?"
2. „Welcher Partei haben Sie bei der Landtagswahl Ihre Stimme gegeben?"

Auf diese Fragen ergab sich folgende Verteilung der Antworten:

Tabelle 2: Die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 1968
Ein Vergleich des Ergebnisses der Umfrage mit dem amtlich ermittelten Endergebnis der Wahl.

Wahlentscheidung	Ergebnis der Umfrage (v. H. der Wahlberechtigten) %	Amtliches Endergebnis %
CDU	31,9	30,5
SPD	21,4	20,0
FDP	8,6	10,0
NPD	3,5	6,8
Andere Parteien	1,8	1,8
Nichtwähler	19,1	30,9
Keine Angabe	5,9	
Verweigert	7,7	
N	895	5 612 242

Vergleicht man die wahren Werte mit den Stichprobenwerten, so finden sich bei zwei Kategorien besonders große Abweichungen: bei den Nichtwählern und bei der hier vor allem interessierenden Kategorie der NPD-Wähler.

Wir neigen zu der Ansicht, daß die auftretenden Diskrepanzen in beiden Fällen auf psychologische Probleme der Befragten bei der Beantwortung der direkten Frage nach der Wahlentscheidung zurückzuführen sind. Natürlich sind auch andere Fehlerquellen nicht auszuschließen: sei es, daß die für das Ziehen der Stichprobe verwendeten Karteien ungenau waren, sei es, daß Nichtwähler und NPD-Wähler das Interview als Ganzes häufiger verweigerten als andere Befragte. Dagegen dürfte die Größe der Stichprobe, bei der vergleichsweise geringen regionalen

[6]) 1. Stufe: Gemeinden, 2. Stufe: Haushalte, 3. Stufe: Befragungspersonen.

Streuung der NPD-Wähler, ausgereicht haben, um regionale Verzerrungen auszuschließen.

a1) Zur Unterrepräsentanz der Nichtwähler

Untersuchungen zur politischen Kultur haben erbracht, daß in der Bundesrepublik die Beteiligung an Wahlen als ein Wert an sich, als eine „Bürgerpflicht" angesehen wird. Man hat zu wählen, selbst wenn man nicht wissen sollte, worum es bei einer speziellen Wahl eigentlich geht[7]). Wahlbeteiligung wird also normativ stark gefordert; eine der Folgen davon ist, daß man in der Interviewsituation die Tatsache des Nichtwählens verschweigt. Es ist zu vermuten, daß statt dessen die augenblickliche Parteipräferenz zu Protokoll gegeben wird. Dieser Tatbestand ist bei der Interpretation der Daten stets zu beachten.

a2) Zur Unterrepräsentanz der NPD-Wähler

Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Wahlentscheidung für extreme politische Parteien durch Interviews sind ein bekanntes Problem der empirischen Sozialforschung[8]). Die Wahl einer solchen Partei wird als ein Verstoß gegen politisches Wohlverhalten angesehen, und einen Verstoß gegen eine gesellschaftliche Norm gibt man in den meisten Fällen unbekannten Dritten gegenüber nicht gern zu. Auch Interviewer sind unbekannte Dritte in diesem Sinne. In der Regel werden von Befragten, die für extreme politische Parteien gestimmt haben, die Antwortkategorien „Verweigert", „Weiß nicht" o. ä. als Ausweichkategorien gewählt.
Diese Erfahrung hat dazu geführt, neben der direkten Frage nach der Wahlentscheidung weitere, weniger verbindlich formulierte Fragen zur Messung der Einstellung gegenüber extremistischen Parteien zu verwenden[9]). Mit dieser Technik gelingt es im allgemeinen, ein größeres Potential von extremistischen Wählern auszumachen. Dagegen ist dann nichts einzuwenden, wenn die zur Ermittlung des Potentials benutzten Indikatoren genau mitgeteilt werden, denn nur allzu häufig decken verbal gleiche Interpretationskategorien meßtechnisch höchst unterschiedliche Sachverhalte.

[7]) Wolfgang Hartenstein und Günter Schubert: Mitlaufen oder Mitbestimmen, Frankfurt 1961, S. 35—52.
[8]) Dies zeigt sich z. B. bei Umfragen in Italien, bei denen die Stärke der kommunistischen Partei stets unterrepräsentiert ist. Vgl. Gabriel A. Almond und Sidney Verba, The Civic Culture, Princeton, New Jersey 1963.
[9]) Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Juni 1967, Heft 2, S. 237—240.

Auch in dieser Untersuchung wurden neben der direkten Frage nach der Wahlentscheidung weitere Indikatoren verwendet, um NPD-Potential zu messen. Bei diesen Indikatoren handelt es sich einmal um die von Liepelt vorgeschlagene Frage[10]):

1. „Würden Sie persönlich eventuell einmal die NPD wählen oder haben Sie sie schon gewählt?" („Liepelt-Frage")

Zum anderen wurde eine von uns in vielen Erhebungen verwendete Frage nach der NPD-Sympathie herangezogen. Sie lautet:

2. „Jetzt würde mich interessieren, wie Sie heute über die Parteien CDU, SPD, FDP, NPD und die Demokratische Linke denken. Hier haben wir eine Art Thermometer (Skalometer). Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, umso sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei; je weiter Sie auf den schwarzen Kästchen nach unten gehen, umso mehr lehnen Sie die Partei ab ...
Und was halten Sie von der NPD?" („Skalometer-Frage")

Prüft man die Beziehungen der direkten Frage nach der Wahlentscheidung, der Liepelt-Frage und der Skalometer-Frage untereinander, so ergibt sich folgender Befund:

1. Alle Befragten, die auf die direkte Frage nach der Wahlentscheidung angegeben hatten, die NPD gewählt zu haben, taten dies auch im Falle der Liepelt-Frage. Unter den Befragten, die auf die Liepelt-Frage antworteten: „Ich würde die NPD eventuell einmal wählen", befanden sich 33 Prozent, die auf die direkte Frage nach der Wahlentscheidung geantwortet hatten „Habe nicht gewählt" und 11 Prozent, die eine Antwort auf die direkte Frage nach der Wahlentscheidung verweigerten. Da der durchschnittliche Prozentsatz der Nichtwähler lediglich 19 Prozent, der der Verweigerer 8 Prozent betrug, liegt die Vermutung nahe, daß diese beiden Antwortkategorien der direkten Frage besonders häufig als Ausweichkategorien von Befragten benutzt wurden, die tatsächlich NPD gewählt haben.
2. Auch der zweite, weniger verbindlich formulierte NPD-Indikator, die Sympathieeinstufung der NPD, erfaßt im positiven Bereich (die Werte-Skala reicht von +5 über 0 bis —5) die Befragten nahezu vollständig, die auf die direkte Frage nach der Wahlentscheidung eine Wahl der NPD angegeben hatten. 81 Prozent der NPD-Wähler stuften die NPD positiv ein, 16 Prozent bevorzugten eine indifferente Einstufung (0), 3 Prozent stuften sie negativ ein.

[10]) Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Juni 1967, Heft 2, S. 238 und 240.

3. Der Vergleich der direkten Frage nach der Wahlentscheidung mit den beiden unverbindlicher formulierten Fragen nach der Einstellung gegenüber der NPD hat ergeben, daß aus einer positiven Reaktion auf den „harten" Indikator (direkte Frage nach der Wahlentscheidung) mit hoher Wahrscheinlichkeit auf eine positive Reaktion auf die „weicheren" Indikatoren (Liepelt-Frage und Skalometer-Frage) geschlossen werden kann. Dies ist in bezug auf die Befragten, die auf die Liepelt-Frage antworteten „Ich würde die NPD eventuell einmal wählen" und diejenigen, die die NPD als sympathisch einstuften, nur zu einem geringen Teil der Fall. Zwei Drittel der Befragten, die eine NPD-Wahl in Erwägung zogen (Liepelt-Frage), stuften die NPD auf dem Skalometer negativ ein.

Die Kategorie der Liepelt-Frage: „Ich würde die NPD eventuell einmal wählen" mißt hier, so meinen wir, vorwiegend NPD-Protestwähler; solche Wähler also, denen die NPD zwar nicht sonderlich sympathisch ist, die aber dennoch meinen, sie könnten ihr Mißvergnügen am wirksamsten durch die Wahl der NPD ausdrücken. Die Sensitivität der etablierten Parteien gegenüber den Wahlerfolgen der NPD verleiht einer NPD-Wahl denn auch den Charakter einer „Denkzettel"-Alternative. Eine solche Einstellung kann die Skalometer-Frage nicht messen. Sie gibt generell eine geringe psychologische Distanz zur NPD wieder, wenn eine positive Einstufung vorgenommen wird und dies auch bei den Befragten, die eine Wahl der NPD bisher nicht in Erwägung gezogen haben.

In beiden Fällen, sowohl mit der Kategorie der Liepelt-Frage: „Ich würde eventuell einmal NPD wählen" als auch mit einer positiven Einstufung der NPD auf dem Skalometer, werden jedoch Bevölkerungsgruppen erfaßt, die man als NPD-Potential bezeichnen kann. Neben der direkten Frage nach der Wahlentscheidung wird in diesem Bericht vor allem auch die Variable NPD-Präferenz verwendet, zu der die drei diskutierten Indikatoren zusammengefaßt wurden. Die einzelnen Kategorien sind wie folgt definiert:

Kategorie 1: Befragte, die auf die direkte Frage nach der Wahlentscheidung angaben, bei der Landtagswahl 1968 NPD gewählt zu haben.
= NPD-Wähler (3 Prozent).

Kategorie 2: Befragte, die die NPD bei anderen Wahlen bereits einmal gewählt haben, die die NPD eventuell einmal wählen würden, die die NPD auf dem Skalometer positiv eingestuft haben, sofern sie nicht in Kategorie 1 enthalten sind.
= NPD-Potential (13 Prozent).

Kategorie 3: Befragte, die die NPD auf dem Skalometer mit den Werten —1 bis —4 eingestuft haben, sofern sie nicht in den Kategorien 1 oder 2 enthalten sind.
= Schwache Gegnerschaft zur NPD (19 Prozent).

Kategorie 4: Befragte, die die NPD auf dem Skalometer mit dem Wert —5 eingestuft haben, sofern sie nicht in den Kategorien 1 oder 2 enthalten sind.
= Starke Gegnerschaft zur NPD (44 Prozent).

Kategorie 5: Befragte, die die NPD auf dem Skalometer mit dem Wert 0 eingestuft haben (indifferent) oder die eine Antwort auf die drei zur Klassifizierung verwendeten Fragen nicht gegeben haben.
= Indifferent, keine Angabe (21 Prozent).

Faßt man die NPD-Wähler und die potentiellen NPD-Wähler zu der Gruppe der NPD-Anhänger zusammen, so zeigt der gemessene Wert von 16 Prozent eine hohe Vergleichbarkeit zu den an anderer Stelle mitgeteilten, früheren Potentialschätzungen[11]).

b) Die Wahlentscheidung 1964 und NPD-Präferenz 1968

Die Ergebnisse der ökologischen Analyse werden durch die Analyse der Umfrageergebnisse in großem Maße gestützt. Mit 16 Prozent lag der Anteil der Nichtwähler 1964 unter den NPD-Wählern 1968 um acht Prozentpunkte über dem durchschnittlichen Anteil der Nichtwähler unter den Befragten. Dies stützt die These, daß die NPD auf ehemalige Nichtwähler eine besondere Attraktion ausgeübt hat. Der gleiche Sachverhalt trifft, wenn auch nicht so ausgeprägt, auf die Gruppe der potentiellen NPD-Wähler zu.
Die Ergebnisse der Umfrage bestätigen vor allem, daß alle drei Parteien, SPD, CDU und FDP zum Wahlerfolg beigetragen haben: jede der angeführten Parteien verlor etwa 4 Prozent ihrer Wählerschaft von 1964 an die NPD. Unter den FDP-Wählern der Landtagswahl von 1964 war der Prozentsatz potentieller NPD-Wähler mit 19 Prozent am größten; unter den ehemaligen SPD-Wählern betrug er 13, unter den CDU-Wählern von 1964 10 Prozent. Der Anteil starker NPD-Gegner war unter den SPD- und CDU-Wählern von 1964 mit 50 Prozent gleich groß. Den geringsten Grad an Ablehnung zeigten, sieht man von den Befragten ab, die keine Angabe machten oder eine Angabe explizit verweigerten, die Befragten, die bei der Landtagswahl 1964 nicht gewählt oder sich für die FDP entschieden hatten.

[11]) Erwin K. Scheuch: Rechtsradikalismus in Deutschland? In: Süddeutsche Zeitung vom 11. 5. 1966.

In bezug auf die Austauschbeziehungen der CDU, SPD und FDP untereinander ergibt sich folgender Befund:

1. Die SPD verlor an CDU, FDP und NPD jeweils 4 Prozent ihrer Wähler von 1964.
2. Die FDP verlor am meisten Wähler an die CDU (14 Prozent) und jeweils gleichviel an SPD und NPD (4 Prozent).
3. Die CDU verlor, wie die SPD, mit etwa je 4 Prozent, an FDP, NPD und SPD gleichermaßen.

Auch dieses Ergebnis bestätigt das Ergebnis der ökologischen Analyse.

II. Sozialstrukturelle Komponenten des NPD-Erfolges in Baden-Württemberg

Die meisten Versuche, die Wahlerfolge der NPD sozialstrukturell zu deuten, hatten wenig befriedigende empirische Ergebnisse. Auch die Analyse der Landtagswahl 1968 in Baden-Württemberg zeigt in bezug auf die NPD kein klares Gruppenprofil, das „einfachen" Erklärungen entgegenkäme[12]).

1. Demographische Merkmale der NPD-Anhängerschaft
(Tabellenanhang: Tabellen VIII und IX)

Wie in allen bisherigen Wahlen, so wurde die NPD auch bei der baden-württembergischen Landtagswahl vorwiegend von Männern gewählt. Die amtliche, repräsentative Wahlstatistik weist aus, daß 64 von 100 NPD-Wählern Männer waren. Dieser Anteil übertrifft den der anderen Parteien bei weitem. Der mit Hilfe der Umfrage gemessene Wert lag bei den NPD-Wählern über, bei den potentiellen NPD-Wählern unter dieser Zahl. Festzuhalten bliebe unter methodischen Aspekten, daß Frauen eine Wahlentscheidung für die NPD in der Interviewsituation bei der direkten Frage nach der Wahlentscheidung eher verschweigen als Männer.

Verglichen mit den vorhergehenden Wahlen, brachte die Landtagswahl in Baden-Württemberg auch im Hinblick auf die Altersstruktur der NPD-Wähler kein überraschendes Ergebnis. Nach wie vor sind die mittleren Altersgruppen überrepräsentiert, solche Altersgruppen also,

[12]) Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Juni 1967, Heft 2, S. 240.

die ihre Schulbildung vorwiegend zur Zeit der Nazi-Herrschaft erhalten haben[13]). Der Vergleich der Ergebnisse der Repräsentativstatistik mit denen der Umfrage ergibt sowohl bei den NPD-Wählern als auch bei den potentiellen NPD-Wählern eine Überrepräsentation der 21- bis unter 30jährigen. Eine ähnliche Beobachtung teilten auch Adrian und Berger mit[14]).

Von den Berufsgruppen, und auch das ist nicht neu, waren nur die kleinen und mittleren Selbständigen unter den NPD-Wählern überproportional vertreten. Bei allen übrigen Berufsgruppen zeigten sich keine auffälligen Schwerpunkte; dies gilt auch für die potentiellen NPD-Wähler.

Eine Aufgliederung der NPD-Anhänger nach einem Index für soziale Schicht, der die Merkmale Beruf, Einkommen und Schulbildung bewertet, bietet keine Anhaltspunkte für die besondere Anfälligkeit der hier definierten sozialen Schichten gegenüber der NPD. Einen Hinweis auf „eine Art von Mittelstandssyndrom"[15]) gibt nur die subjektive Schichtzurechnung durch die Befragten selbst: NPD-Wähler fühlen sich überproportional der Mittelschicht zugehörig. Während sich also bei der Schichteinstufung nach dem Punktwertindex eine durchschnittliche Verteilung der sozialen Schichten in der NPD-Wählerschaft ergab, zeigte sich bei der subjektiven Schichtzurechnung eine Überrepräsentation der Mittelschicht. Der Befund spricht für die Vermutung einer gewissen Statusunsicherheit unter den NPD-Wählern und damit tendenziell für die an anderer Stelle dargestellte These, daß Statusunsicherheit die Wahl extremer Parteien begünstige[16]).

Wie erwartet, lag der Anteil der Katholiken unter den NPD-Wählern niedriger als es dem durchschnittlichen Anteil der Katholiken an der Bevölkerung entspricht. Mit 33 Prozent erreichte die NPD in ihrer Wählerschaft einen Katholikenanteil, der den der SPD noch leicht (31 Prozent), den der FDP dagegen bei weitem übertrifft (19 Prozent).

[13]) Hans D. Klingemann: Keine Säulen der Demokratie. Über die Haltung der Gebildeten zur NPD. In: Akut, 19. Jg., Dez./Jan. 1966/1967, Nr. 29/30, S. 6—8. Vgl. auch: Hans D. Klingemann und Franz U. Pappi: Möglichkeiten und Probleme bei der Kumulation von Umfragen. In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 1, München-Wien 1969, S. 189/190.

[14]) Wolfgang Adrian und Manfred Berger: Zum politischen Bewußtsein der Wähler. In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 1, München-Wien 1969, S. 43.

[15]) Wolfgang Adrian und Manfred Berger: Zum politischen Bewußtsein der Wähler. In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 1, München-Wien 1969, S. 58.

[16]) Erwin K. Scheuch und Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967, S. 11—29.

Nicht die NPD, die FDP ist in Baden-Württemberg die „protestantische" Partei.
Wir wollen die Deskription der Demographie der NPD-Anhänger nicht weiter verfeinern. So informativ die Ergebnisse im einzelnen sein mögen, für eine Erklärung des NPD-Erfolges unter sozialstrukturellen Aspekten helfen sie nur wenig weiter[17]). Insgesamt verstärkt diese Art der Analyse nur den Eindruck, daß eigentlich jede soziale Gruppe ein wenig zum NPD-Erfolg beigetragen hat, ein Ergebnis, das sich auch bei der Beschreibung der Wählerfluktuation ergab, wenn man einmal von dem besonderen, regional geprägten Charakter der Austauschbeziehungen absieht. Die Denkfigur von der NPD als einer „kleinen Volkspartei" vermag dem Befund, daß eigentlich jede soziale Gruppe am NPD-Erfolg beteiligt ist, unter Erklärungsgesichtspunkten auch keine freundlicheren Züge zu verleihen[18]).

2. *Von der These: Das Wählerreservoir der NPD ist dort am geringsten, wo enge Bindungen an die katholische Kirche oder die Gewerkschaften bestehen*
(Tabellenanhang: Tabellen X bis XV)

Der einzige uns bekannte, empirisch ausreichend belegte Ansatz zur sozialstrukturellen Erklärung der NPD-Erfolge wurde von Liepelt vorgetragen[19]). Liepelt wies anhand von Daten aus dem Jahre 1966 nach, daß die NPD dort größere Chancen hatte, wo Bindungen an Großorganisationen, speziell die katholische Kirche und die Gewerkschaften, gering waren.
Akzeptiert man Kirchgangshäufigkeit als einen Indikator für das Ausmaß der institutionellen Bindung und die Chancen der Institution, Wahlverhalten zu vermitteln, so ergibt sich auch für den Fall der baden-württembergischen Landtagswahl eine Bestätigung der Liepelt-These: mit steigender Kirchgangshäufigkeit nimmt die Ablehnung der NPD zu. Verwendet man statt der Kirchgangshäufigkeit eine Frage nach der subjektiven Bedeutung der Kirche, so zeigt sich diese Tendenz noch ausgeprägter: Befragte, denen die Kirche sehr viel bedeutet, sind unter den NPD-Anhängern nur wenige zu finden. Dies gilt allerdings ebenso

[17]) Zur Deskription der NPD-Anhänger vgl.: Ulrich Bichmann: Die NPD in der Landtagswahl vom 28. April 1968 in Baden-Württemberg, Kölner Diplomarbeit, Soziologisches Seminar, SS 1969.
[18]) Den Aspekt einer Volkspartei stellte heraus: Erwin K. Scheuch: Rechtsradikalismus in Deutschland? In: Süddeutsche Zeitung vom 11. 5. 1966.
[19]) Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Juni 1967, Heft 2, S. 237—271.

ausgeprägt für Protestanten. Dennoch: Bindung an die katholische Kirche ist sicher auch in Baden-Württemberg eine der Barrieren gegen einen noch größeren NPD-Erfolg gewesen.
Prüft man die These im Hinblick auf die Bindung an die Gewerkschaften, so ergibt sich die prognostizierte Beziehung in Baden-Württemberg nicht: Gewerkschaftsmitglieder waren hier unter den NPD-Wählern überrepräsentiert. Nun ist Mitgliedschaft in Gewerkschaften nicht in jedem Falle ein Indikator für emotionale Bindung an diese Institution, doch zeigt auch die subjektive Einschätzung der Stellung zu den Gewerkschaften kein Ergebnis, das die Liepelt-These eindeutig stützen würde.
Die Frage nach den sozialen Wetterecken der NPD-Erfolge — die aus diesem Ansatz ohnehin nur negativ zu entscheiden wäre — bleibt, zumindest für die Befragten, die nicht an die Kirche gebunden sind, zunächst einmal offen. Dennoch halten wir die Grundannahme Liepelts, der die soziale Bindung an Institutionen zur entscheidenden Variable erklärt, für richtig und wollen sie in modifizierter Form und unter Berücksichtigung der baden-württembergischen Besonderheiten im folgenden überprüfen.

3. Soziale Milieus: Ein Charakteristikum der Sozialstruktur Baden-Württembergs
(Tabellenanhang: Tabelle XVI)

Bei der Beschreibung der Wahlergebnisse in Baden-Württemberg wurde betont, daß — verglichen mit dem Bund — die Position von CDU und FDP, wenn auch in abnehmendem Maße, stets besser war, die der SPD hingegen schlechter. Im Gegensatz zu diesem Befund zeigt ein erster Blick auf die durchschnittliche Verteilung sozialstruktureller Merkmale eine überraschende Ähnlichkeit zwischen Baden-Württemberg und dem Bund[20]). Diese Übereinstimmung bezieht sich vor allem auch auf die für eine Bestimmung des Wahlverhaltens wichtigen Merkmale Konfession und Beruf.
Der Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung lag in Baden-Württemberg mit 46,8 Prozent nur geringfügig über dem Bundesdurchschnitt (44,1 Prozent)[21]). Die Anteile für die Berufsgruppen, insbesondere der Selbständigen und der Arbeiter, entsprechen dem Bundesdurch-

[20]) Hans D. Klingemann: Die Ausgangssituation der Parteien zur Bundestagswahl 1969 in Baden-Württemberg, Institut für politische Planung und Kybernetik, Bad Godesberg 1969, S. 4—6 (hektographiert).
[21]) Volks- und Berufszählung 1961.

Tabelle 3: Sozialstrukturelle Merkmale Baden-Württembergs im Vergleich zum Bundesgebiet

Gebietseinheit	Anteil der Katholiken an d. Wohnbevölkerung[1])	Selbständige[2])		Mithelfende Familienangehörige[2])		Angestellte und Beamte		Arbeiter[2])		Anteil der Erwerbstätigen in d. Land- u. Forstwirtschaft[2])		Anteil der Erwerbstätigen im produzierenden Gewerbe[2])		Wohnbevölkerung in Großstädten
	1961	1962	1968	1962	1968	1962	1968	1962	1968	1962	1968	1962	1968	(31. 12. 1967)[3])
	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%	%
Baden-Württemberg	46,8	12,7	11,3	10,8	8,6	26,6	32,3	49,9	47,8	15,1	11,2	53,0	52,9	17,1
Bundesgebiet	44,1	12,1	11,2	8,9	7,9	29,6	33,6	49,4	47,3	12,3	10,2	49,0	47,9	32,1

[1]) Volks- und Berufszählung 1961.

[2]) Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Ländern 1962 (Mikrozensus vom Oktober 1962). Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1964, S. 152. Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Ländern 1968 (Mikrozensus vom April 1968). Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, S. 125.

[3]) Wohnbevölkerung am 31. 12. 1967 in Gemeinden mit 100 000 Einwohnern und mehr nach Ländern. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1969, S. 33.

schnitt nahezu vollständig. Die langfristigen Veränderungen (1962 bis 1968) haben diesen Trend auch in bezug auf die anderen Berufsgruppen verstärkt. Der Anteil der Angestellten und Beamten an den Erwerbspersonen, der 1962 noch um drei Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt lag, hat sich 1968 dem Bundesdurchschnitt weitgehend angeglichen. Das gilt auch für den Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft, dessen Gewicht in Baden-Württemberg stärker zurückging als im Bundesgebiet. Der Anteil der Erwerbspersonen im produzierenden Gewerbe ist dagegen in Baden-Württemberg mit 53 Prozent deutlich höher als im Bund (48 Prozent) und mit Nordrhein-Westfalen (54 Prozent) vergleichbar. Dieses relativ große Gewicht des sekundären Sektors ist in bezug auf die alten Industriegebiete Baden-Württembergs als ein Hinweis auf strukturelle Schwächen zu verstehen[22]). Trotz dieser Differenz im Hinblick auf den sekundären Sektor bleibt bei einer zusammenfassenden Betrachtung das Bild einer weitgehenden Übereinstimmung der durchschnittlichen Verteilung von für das Wahlverhalten bedeutsamen sozialstrukturellen Merkmalen zwischen Bund und Land bestehen.

Das Bild weitgehender Übereinstimmung der Durchschnittswerte täuscht jedoch über die bestehenden Eigenarten der baden-württembergischen Sozialstruktur hinweg. Diese Eigenarten sind vor allem in der spezifischen Art der regionalen Verteilung der Merkmale Beruf und Konfession zu suchen.

Der Anteil der Katholiken an der baden-württembergischen Wohnbevölkerung betrug, wie bereits erwähnt, 47 Prozent. Dieser Durchschnittswert verdeckt jedoch, daß sich große protestantische Siedlungsgebiete im Norden und große katholische Siedlungsgebiete im Süden des Landes gegenüberstehen. Auch die in den protestantischen Siedlungsgebieten lebenden Katholiken weisen, insbesondere in ländlichen Gebieten, eine starke ökologische Konzentration auf. In Baden-Württemberg waren also die Voraussetzungen für die Ausbildung spezifisch katholischer Milieus günstig, und es besteht kein Zweifel, daß sich die CDU — in der Nachfolge des Zentrums — als bestimmende politische Kraft dieser katholischen Milieus etablieren konnte[23]).

Betrachtet man die sozio-ökonomischen Merkmale, so ist auch hier eine besondere ökologische Ausformung unverkennbar. Die Verteilung der Erwerbstätigkeit in der Land- und Forstwirtschaft macht deutlich,

[22]) Franz U. Pappi: Die Ausgangssituation der Parteien zur Bundestagswahl 1969 in Nordrhein-Westfalen, Institut für politische Planung und Kybernetik, Bad Godesberg 1969, S. 3—5 (hektographiert).

[23]) Vgl. z. B.: Hans D. Klingemann: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, Meisenheim a. Glan 1969, S. 16—28.

daß die katholischen Milieus insbesondere Südbadens und Südwürttemberg-Hohenzollerns einen betont ländlichen Charakter haben. Das verstärkt die traditionelle Komponente dieser Milieus. Aber auch im stärker industrialisierten protestantischen Norden Württembergs und Badens finden sich, eingestreut, geschlossene ländliche Siedlungsgebiete. Sie sind typisch für jene kleingewerblich-bäuerliche Wirtschaftsweise, die insbesondere dem Norden Württembergs für so lange Zeit das charakteristische Gepräge gegeben hat[24]). Diese Gebiete sind in vieler Hinsicht das protestantische Gegenstück zu den katholisch-ländlichen Milieus des Südens. Und auch hier ist eine Partei diesen protestantischen, kleingewerblich-bäuerlichen Milieus in besonderer Weise verbunden: die FDP. Sie hat es verstanden, hier nicht nur die Traditionen der Volkspartei, sondern auch die des protestantischen Teils des Bauern- und Weingärtnerbundes aufzunehmen, die zur Zeit der Weimarer Republik die bestimmenden politischen Kräfte dieser Regionen waren[25]). Die Verankerung der FDP in diesen Milieus erklärt zu einem großen Teil die relative Stärke der FDP in Baden-Württemberg. Die CDU ist in speziell diesen Gebieten kaum eine Alternative zur FDP gewesen, weil sie als Sachwalterin der in das protestantische Siedlungsgebiet eingesprengten, geschlossen siedelnden katholischen Minoritäten besonders sichtbar war[26]).

Der Arbeiteranteil entspricht in Baden-Württemberg genau dem Arbeiteranteil des Bundes. Die baden-württembergische Eigenart ergibt sich in diesem Falle aus der Feststellung, daß nur 17 Prozent der Wohnbevölkerung Baden-Württembergs in Städten von über 100 000 Einwohnern ansässig ist. In Nordrhein-Westfalen, dem Land mit einem etwa gleich hohen Anteil der Erwerbstätigen im Produzierenden Gewerbe, beträgt der Anteil der Wohnbevölkerung in Städten von über 100 000 Einwohnern 42 Prozent. Baden-Württemberg, das Land mit dem dritthöchsten Arbeiteranteil unter den Erwerbspersonen, rangiert in bezug auf den Verstädterungsgrad an drittletzter Stelle unter den Bundesländern. Kennzeichnend für die Arbeiter Baden-Württembergs ist also eine Siedlungsweise in eher ländlichen Räumen. Großstädtische Arbeitermilieus besitzen dagegen ein sehr geringes Gewicht. Damit ist die Situation der SPD, die sich traditionellerweise auf solche Arbeitermilieus stützt, in Baden-Württemberg nicht günstig, und das erklärt zu einem großen Teil ihre Schwäche in diesem Bundesland.

[24]) Vgl. z. B.: Hans D. Klingemann: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, Meisenheim a. Glan 1969, S. 16—28 und die dort angegebene Literatur.
[25]) Vgl. z. B.: Hans D. Klingemann: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, Meisenheim a. Glan 1969, S. 16—28.
[26]) Hans D. Klingemann: Bestimmungsgründe der Wahlentscheidung, Meisenheim a. Glan 1969, S. 61—82.

4. Thesen zur sozialstrukturellen Erklärung des NPD-Erfolges in Baden-Württemberg

Unter den soeben beschriebenen, in besonderem Maße für Baden-Württemberg geltenden Bedingungen möchten wir die Liepelt-These wiederaufnehmen und spezifizieren. Neben die Bindung an eine Großorganisation mit expliziter Wahlnorm, wie katholische Kirche oder Gewerkschaft, soll als Bestimmungsfaktor für die Chancen der NPD die Bindung an ein soziales Milieu mit expliziter Wahlnorm treten. Wir nehmen an, daß in den meisten Fällen durch den Begriff „Großorganisation" ohnehin der Begriff „soziales Milieu" mit angesprochen ist. Liepelt selbst verwendet neben dem Terminus „Großorganisation" auch die Termini „katholische Gebiete" oder „Regionen, in denen alte Arbeitnehmertraditionen ungebrochen fortbestehen"[27]).

Wahlnormen sozialer Großorganisationen und Wahlnormen sozialer Milieus fallen in den meisten Fällen zusammen; es ergibt sich eine Art Verstärker-Effekt. Beispiele dafür wären etwa praktizierende Katholiken, die in katholischen Milieus leben, oder kirchlich nicht gebundene Arbeiter, die der Gewerkschaft angehören und in großstädtischen Arbeitermilieus ansässig sind. In beiden Fällen wird jeweils eine ganz spezielle Wahlnorm sehr stark gestützt. Der Milieu-Effekt läge darin, daß das Wählen einer anderen Partei als der durch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Großorganisation vorgeschriebenen nicht nur den Bezug zu dieser Großorganisation spannungsreich gestalten würde, sondern auch noch als eine Abkehr vom Milieu verstanden werden würde. Dies gilt in verstärktem Maße für die Wahl einer extremen politischen Partei. Die Chancen der NPD wären also — und das entspricht dem Kern der Liepelt-Hypothese — in diesen Fällen sehr gering.

Ein solcher Verstärker-Effekt zwischen der regional verwurzelten Wahlnorm und der überregional geltenden Wahlnorm sozialer Großorganisationen bzw. sozialer Kategorien[28]) kann sich, muß sich aber nicht notwendigerweise ergeben. Die durch die Variablen Großorganisation bzw. soziale Kategorie und Milieu angesprochenen sozialen Kreise mit expliziten Wahlnormen können sich auch im gegenläufigen Sinne kreuzen. Die Determinationskraft der sozialen Merk-

[27]) Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Juni 1967, Heft 2, S. 245.

[28]) Vgl. dazu: Erwin K. Scheuch: Die Sichtbarkeit politischer Einstellungen. In: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Zur Soziologie der Wahl, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 9, 1965, S. 172—175.

male im Hinblick auf die Wahlentscheidung würde in diesen Fällen geringer sein, die Chancen anderer Parteien als der von den jeweiligen Institutionen favorisierten, größer; auch die der NPD. Die Einbeziehung der Variable soziales Milieu könnte jedoch auch über diese eher negative Bestimmung der Chancen von NPD-Erfolgen hinausführen und an allgemeinere Theorien des Rechtsradikalismus anschließen[29]). In diesem Zusammenhang gehen wir davon aus, daß bei fortschreitendem Industrialisierungsprozeß die Verbindlichkeit von Wahlnormen regionaler politischer Subkulturen abnimmt. Dem entspricht auch die Beobachtung, daß sich die Wahlergebnisse von CDU und FDP, der Parteien also, die nach unserer These am meisten von einem „Milieu-Effekt" profitierten, tendenziell dem Bundesdurchschnitt angleichen. Die skizzierten sozialen Milieus werden, wesentlich mitbedingt durch den Zugang zu überregionalen Kommunikationsmedien, offener. Die in bezug auf die politischen Subsysteme geltenden Normen der politischen Kultur verlieren an Verbindlichkeit, sie gleichen sich also tendenziell an die für das politische Gesamtsystem geltenden Normen an. In unserem konkreten Fall hieße dies etwa, daß sich kirchlich nicht gebundene katholische Arbeiter in sich auflösenden katholischen Milieus der SPD nähern, oder, daß sich protestantische Selbständige in den ländlichen Räumen Baden-Württembergs — ebenfalls unter der Prämisse der gegebenen allgemeinen politischen Verhältnisse — bei sich auflösenden Milieus stärker zur CDU hin orientieren.

Der Abbau regionaler Wahlnormen und der damit verbundene Druck zu einer politischen Umorientierung kann jedoch in bestimmten Fällen die Chancen der neuen Partei begünstigen. Ein solcher Fall ist zum Beispiel dann gegeben, wenn die Attraktivität der Parteien, die sich als Alternativen zu den Milieuparteien anbieten, stark absinkt. Ein Grenzfall ist dann gegeben, wenn alle „System"-Parteien gleichzeitig an Attraktivität verlieren, sei es, daß die Effektivität des politischen Systems im Hinblick auf seinen out-put negativ bewertet wird, sei es, daß durch die Art der Regierungsweise Zweifel an der Legitimität des politischen Systems entstanden sind. Der Milieuaspekt dieses generellen Arguments liegt darin, daß milieugeprägte Klischeevorstellungen über bestimmte politische Parteien die Zahl der subjektiv gesehenen Alternativen noch weiter einengen können[30]). Was sollen protestantische

[29]) Erwin K. Scheuch und Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967, S. 11—29.

[30]) Dies dürfte auch unter die Kategorie „Bruchstücke und Blöcke" fallen, die nach dem Zerfall von Ideologien „herumliegen". Vgl. dazu: Klaus Liepelt: Anhänger der neuen Rechtspartei. In: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., Juni 1967, Heft 2, S. 269.

Selbständige, die sich von ihrer Milieupartei — in unserem Falle der FDP —lösen, wählen, wenn sie die Vorstellung von einer katholischen CDU und einer Arbeiterpartei SPD nicht ablegen konnten; was sollen katholische Arbeiter, die sich von ihrer Milieupartei CDU lösen, wählen, wenn sie das Bild einer sozialistisch-kommunistischen SPD und einer kapitalistischen FDP bewahrt haben? Hier kann die neue Rechtspartei dann zu Erfolgen kommen, wenn es ihr gelingt, sich ideologisch so zu profilieren, daß sie sowohl den Selbständigen als auch den Arbeitern wählbar erscheint und zu einer psychologisch günstig placierten Alternative zu den Systemparteien wird.

Zur Auflösung der Bindung an soziale Milieus käme also, neben schwachen Bindungen an Großorganisationen, noch ein Satz weiterer Determinanten für den Erfolg der NPD: das Absinken der Attraktivität der anderen Parteien, sei es system-, sei es milieubedingt, und ein bestimmtes Muster der politischen Ideologie. Diesen Aspekt des Erklärungsvorschlages für die Wahlerfolge der NPD können wir jedoch in diesem Bericht nur im Ansatz darstellen. Hier soll jetzt vor allem weiter auf die These eingegangen werden, daß die NPD von der Tendenz zur Auflösung sozialer Milieus, von gestörten Prozessen der Anpassung regional abweichender Wahlnormen sozialer Gruppen an für diese sozialen Gruppen überregional verbindliche Wahlnormen, die sich aus der Bindung an Großorganisationen bzw. aus kategorialer Mitgliedschaft ergeben, profitiert.

5. Bindung an soziales Milieu und die Chancen der NPD bei ausgewählten sozialen Gruppen

Die vorgetragene These kann, unter den sozialstrukturellen Gegebenheiten Baden-Württembergs, am besten am Beispiel der protestantischen Selbständigen (unter Einschluß der Landwirte) und der katholischen Arbeiter demonstriert werden. In beiden Fällen stehen sich milieugestützte, regional-verwurzelte Wahlnormen und Wahlnormen, die für die sozialen Gruppierungen überregional gelten, tendenziell entgegen. Dabei gehen wir davon aus, daß protestantische Selbständige, überregional gesehen, eher der CDU zuneigen, katholische Arbeiter — ohne Berücksichtigung der Bindung an die Religion — eher der SPD[31]). In Baden-Württemberg dagegen, und dies kennzeichnet milieugebundene Wahlnormen, tendieren protestantische Selbständige eher zur

[31]) Hans D. Klingemann: Die Ausgangssituation der Parteien zur Bundestagswahl 1969 in Baden-Württemberg. Institut für politische Planung und Kybernetik, Bad Godesberg 1969, S. 7—11 (hektographiert).

FDP, katholische Arbeiter vorwiegend zur CDU. In beiden Fällen sollte sich also auch der Satz von den wachsenden Chancen der NPD bei geringerer Milieubindung überprüfen lassen.
Einen ersten Hinweis auf eine Beziehung im Sinne unserer These ergab die ökologische Analyse. Im Hinblick auf das Merkmal Beruf fand sich im Norden Baden-Württembergs eine positive, im Süden dagegen eine negative Beziehung zwischen dem Anteil der Selbständigen und dem NPD-Stimmenanteil. Umgekehrt beobachteten wir eine positive Korrelation zwischen dem Arbeiteranteil und der NPD im Süden des Landes, eine negative im Norden. Aus diesen Ergebnissen wurde, unter Berücksichtigung der Konfessionsstruktur, gefolgert, daß protestantische Selbständige und katholische Arbeiter die NPD in beachtlichem Maße als Alternative zu ihrer früheren Wahlentscheidung empfanden. Randwähler des Typs „FDP/CDU" und „CDU/SPD" seien die Gruppen, von denen die NPD am meisten profitiere[32]).

Tabelle 4: Zusammenhänge von Berufszugehörigkeit und NPD-Wahl in den Regierungsbezirken Baden-Württembergs

Regierungsbezirk	Selbständige r	Arbeiter r
Nordwürttemberg	.71	—.61
Nordbaden	.23	—.55
Südbaden	—.33	.21
Südwürttemberg-Hohenzollern	—.42	.62

Einheiten der Korrelation: Stadt- und Landkreise
Pearsonscher Produkt-Moment-Korrelationskoeffizient.

Für eine Überprüfung der These durch die Umfrage wollen wir im Falle der protestantischen Selbständigen (kleine und mittlere Selbständige, selbständige Landwirte) als Indikator für Milieubindung die Kirchgangshäufigkeit verwenden. Dabei gehen wir davon aus, daß Kirchgangshäufigkeit nicht nur als Ausdruck individueller Religiosität gedeutet werden kann, sondern, vor allem in den ländlichen Gegenden, auch die Beachtung von Normen des sozialen Milieus mißt[33]).
Im Falle der protestantischen Selbständigen mit Milieubindung (= Kirchgänger) ergab sich ein NPD-Potential von 8 Prozent. Bei den pro-

[32]) Hans D. Klingemann und Franz U. Pappi: NPD's Success in Baden-Württemberg. In: Patterns of Prejudice, Vol. 2, No. 4, July/August 1968, S. 22—27.
[33]) Sozialinstitut des Bistums Essen, Kirchliche Sozialforschung, Bericht Nr. 42: Zum Begriff und den sozialwissenschaftlichen Meßmethoden der Religiosität, Essen 1966 (hektographiert).

testantischen Selbständigen ohne Milieubindung (= Nichtkirchgänger) wurden 12 Prozent NPD-Wähler und 18 Prozent potentielle NPD-Wähler festgestellt.

Tabelle 5: Protestantische Selbständige und NPD-Präferenz, aufgegliedert nach der Milieubindung (Kirchgangshäufigkeit)

NPD-Präferenz	Protestantische Selbständige		Alle Selbständigen	Alle Befragten
	Milieubindung	Keine Milieubindung		
	%	%	%	%
NPD-Wähler	—	12	5	3
NPD-Potential	8	18	15	13
NPD-Anhänger	8	30	20	16
Schwache Gegnerschaft zur NPD	23	22	21	19
Starke Gegnerschaft zur NPD	31	23	30	44
NPD-Gegner	54	45	51	63
Indifferent, Keine Angabe	38	25	29	21
N	39	56	170	895

Dies Ergebnis kann als ein weiterer Hinweis auf die Fruchtbarkeit der These für kommende Untersuchungen aufgefaßt werden, in denen die Variablen Milieu und Bindung an das Milieu, noch angemessener formuliert werden können.

Im Falle der katholischen Arbeiter wurde die These durch eine Kontextanalyse überprüft. Dabei wurde die Einstellung der katholischen Arbeiter zur NPD in katholisch-ländlichen Gemeinden (durchschnittlicher Katholikenanteil 83 Prozent, durchschnittliche Gemeindegröße 2700 Einwohner) gemessen, die a) eine unterdurchschnittliche Entwicklung des Arbeiteranteils (Index —127, 1950 = 100) und b) eine überdurchschnittliche Entwicklung des Arbeiteranteils von 1950 bis 1961 zu verzeichnen hatten (Index 128 +, 1950 = 100). Katholisch-ländliche Gemeinden mit einer unterdurchschnittlichen Veränderung des Arbeiteranteils sollen dabei stehen für „traditionelle katholische Milieus", katholisch-ländliche Gemeinden mit einer überdurchschnittlichen Veränderung des Arbeiteranteils dagegen für sich „auflösende katholische Milieus". Das Ergebnis ist eindeutig. In sich auflösenden katholischen Milieus zeigte sich eine weit positivere Einstellung der katholischen Arbeiter gegenüber der NPD als in den traditionellen katholischen Milieus.

Tabelle 6: Katholische Arbeiter und NPD-Präferenz, aufgegliedert nach traditionellen und sich auflösenden katholischen Milieus

NPD-Präferenz	Kath. Arbeiter traditionelles kath. Milieu	Kath. Arbeiter sich auflösendes kath. Milieu	Kath. Arbeiter insgesamt in kath.-ländl. Gemeinden	Alle Befragten in kath.-ländl. Gemeinden
	%	%	%	%
NPD-Wähler	2	4	2	3
NPD-Potential	10	27	15	13
NPD-Anhänger	12	31	17	16
Schwache Gegnerschaft zur NPD	17	15	17	15
Starke Gegnerschaft zur NPD	57	19	46	47
NPD-Gegner	74	34	63	62
Indifferent, keine Angabe	14	35	20	23
N	58	26	84	194
Sampling-point Gemeinden N	37	18	55	55

III. Anmerkungen zu den ideologischen Komponenten des NPD-Erfolges

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß aus der sozialstrukturellen Lage bestimmter Bevölkerungsgruppen allein der NPD-Erfolg nicht erklärt werden kann. Hinzutreten muß, so unsere These, eine bestimmte Perzeption der Attraktivität der anderen Parteien und ein bestimmtes Muster der politischen Ideologie.

1. Zur Attraktivität der Konkurrenzparteien

Als die Landtagswahl in Baden-Württemberg stattfand, regierte sowohl in Bonn als auch in Stuttgart eine Große Koalition der CDU/CSU und SPD. Diese Art der Regierungsweise wurde nicht von allen Bevölkerungskreisen im Sinne einer Kooperationsideologie[34]) begrüßt: 28 Prozent der baden-württembergischen Bevölkerung waren der Meinung, daß Politik nur noch „hinter den Kulissen" betrieben würde,

[34]) Wolfgang Adrian und Manfred Berger: Zum politischen Bewußtsein der Wähler. In: Rudolf Wildenmann (Hrsg.): Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Band 1, München-Wien 1969, S. 37—40.

seitdem die beiden großen Parteien die Große Koalition bilden. Das Mißvergnügen an der Großen Koalition war ein Nährboden, auf dem NPD-Präferenz gedieh: 30 Prozent der Befragten, die die oben angeführte Einstellung zur Großen Koalition teilten, waren als NPD-Anhänger zu bezeichnen.

Tabelle 7: Die Einstellung zur Großen Koalition und NPD-Präferenz

	„Seitdem die beiden großen Parteien die Große Koalition bilden, wird die Politik nur noch hinter den Kulissen betrieben" %	„Die große Koalition hat den großen Vorteil, daß die Interessen aller Schichten unseres Volkes berücksichtigt werden" %
NPD-Wähler	7	2
NPD-Potential	23	10
Schwache Gegnerschaft zur NPD	18	20
Starke Gegnerschaft zur NPD	36	50
Indifferent, keine Angabe	16	18
N	249	423
	= 28 %	= 47 %

Die mangelnde Attraktivität der Parteien der Großen Koalition für NPD-Anhänger zeigte sich auch bei der Skalometereinstufung. Der Grad der Sympathie wird dabei hier durch eine Indexzahl angegeben, die Werte von —500 bis +500 annehmen kann. Je positiver die Indexzahl ist, für umso sympathischer wird eine Partei gehalten. Bei einer durchschnittlich positiven Einstellung der CDU von +225 und der SPD von +167 stuften die NPD-Wähler beide Parteien negativ ein, und zwar die CDU mit —35 und die SPD mit —87. Mit sinkender NPD-Präferenz stiegen die Sympathiewerte für CDU und SPD dagegen sehr stark an. Dies gilt tendenziell auch für die FDP, mit der Ausnahme, daß sie auch von den starken NPD-Gegnern relativ schlecht eingestuft wurde.

Tabelle 8: NPD-Präferenz und die Skalometereinstufung von CDU, SPD und FDP (Index)

Skalometereinstufung der:	NPD-Wähler	NPD-Potential	Schwache Gegnerschaft zur NPD	Starke Gegnerschaft zur NPD	Indifferent, keine Angabe	Insgesamt
CDU	—35	+173	+257	+238	+207	+225
SPD	—87	+129	+201	+199	+140	+167
FDP	—103	+ 77	+ 86	+ 26	+ 81	+ 52

Die mangelnde Attraktivität von CDU, SPD und FDP allein erklärt eine Hinwendung zur NPD noch nicht. Hinzukommen muß ein spezielles ideologisches image der Partei, das es sowohl den Grenzwählern des Typs FDP/CDU als auch den Grenzwählern des Typs CDU/SPD erlaubt, auf die NPD als Alternative auszuweichen.

2. *Die nationalistische Komponente der Ideologie von NPD-Anhängern*

Nationalistische Einstellungen kennzeichnen weite Teile der baden-württembergischen Wählerschaft:

a) 75 Prozent der wahlberechtigten Wohnbevölkerung stimmen der Behauptung zu, daß es schädlich für Deutschland ist, daß „Unsere Wirtschaft immer mehr in amerikanische Hände gerät";

b) 58 Prozent hätten gegen eine starke, nationale Führungspersönlichkeit „wie wir sie früher hatten" nichts einzuwenden, „wenn sie gerecht wäre und für alle sorgt";

c) 56 Prozent meinen, daß wir heute „im Grunde genommen als besiegtes Volk eine Erfüllungspolitik gegenüber den Siegern betreiben";

d) 34 Prozent der Baden-Württemberger sehen durch das Attribut „nationalistisch" eine positive Eigenschaft politischer Parteien gekennzeichnet.

Tabelle 9: Die nationalistische Komponente der Ideologie von NPD-Anhängern

	NPD-Präferenz					
	NPD-Wähler	NPD-Potential	Schwache Gegnerschaft zur NPD	Starke Gegnerschaft zur NPD	Indifferent, keine Angabe	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
1. Bewertung des Satzes:	„Wenn man sagt, eine Partei sei nationalistisch: Halten Sie persönlich das eher für eine gute oder eher für eine schlechte Eigenschaft?"					
Gute Eigenschaft	74	51	35	25	34	34
Schlechte Eigenschaft	13	30	46	50	24	40
2. Bewertung des Satzes:	„Gegen eine starke, nationale Führungspersönlichkeit, wie wir sie früher hatten, wäre dann nichts einzuwenden, wenn sie gerecht wäre und wirklich für alle sorgt."					
Zustimmung	100	76	58	45	63	58
Ablehnung	—	21	37	52	30	39

	NPD-Präferenz					
	NPD-Wähler	NPD-Potential	Schwache Gegnerschaft zur NPD	Starke Gegnerschaft zur NPD	Indifferent, keine Angabe	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
3. Bewertung des Satzes: „Es ist schädlich für Deutschland, daß unsere Wirtschaft immer mehr in amerikanische Hände gerät."						
Zustimmung	87	80	76	74	75	75
Ablehnung	13	17	20	22	17	20
4. Bewertung des Satzes: „Wir treiben heute im Grunde genommen als besiegtes Volk eine Erfüllungspolitik gegenüber den Siegern."						
Zustimmung	77	67	54	55	53	56
Ablehnung	23	29	42	40	35	37
N	31	118	171	387	188	895
=	3 %	13 %	19 %	44 %	21 %	100 %

Anmerkung: Die Prozentzahlen addieren nicht in jedem Fall auf 100. Die Restkategorie enthält: Keine Angabe.

Wähler und potentielle Wähler der NPD kommen überwiegend aus diesem nationalistisch orientierten Lager: sie vertreten die hier angeführten Einstellungen in pointierter Weise. Kommt zur sozialstrukturellen Lage und einer negativen Sicht der „Systemparteien" noch eine nationalistische Orientierung, so sind die Chancen der NPD besonders groß.

Die neue Rechtspartei hat es verstanden, sich das bisher weitgehend unbesetzte nationale image zu sichern. Während die CDU überwiegend als „konservativ", die SPD als „sozialistisch" und die FDP als „liberal" eingeordnet wird, sehen 63 Prozent aller Befragten die NPD als die „nationale" Partei an. Die Zuordnung ist eindeutig; nur 10 Prozent nannten die CDU, 7 Prozent die SPD und 4 Prozent die FDP. Dabei ist es auch relativ unerheblich, ob „nationalistisch" als gute oder als schlechte Eigenschaft begriffen wird; in beiden Fällen ist die NPD die Partei, der das Attribut am ehesten zugeordnet wird.

Tabelle 10: Konservativ, liberal, sozialistisch und nationalistisch als Attribute der politischen Parteien

	Alle Befragten	NPD-Wähler	NPD-Potential
	%	%	%
1. *„Konservativ"*			
NPD	6	23	14
CDU	47	48	50
SPD	5	6	11
FDP	11	16	13

	Alle Befragten %	NPD-Wähler %	NPD-Potential %
2. *„Nationalistisch"*			
NPD	63 (53)*)	87 (91)	70 (72)
CDU	10 (21)	13 (9)	6 (8)
SPD	7 (10)	— (—)	6 (7)
FDP	4 (8)	— (—)	3 (5)
3. *„Sozialistisch"*			
NPD	9	26	10
CDU	4	—	6
SPD	52	48	55
FDP	3	—	2
4. *„Liberal"*			
NPD	2	10	2
CDU	10	10	14
SPD	9	13	8
FDP	45	71	48
N	895	31	118
=	100 %	3 %	13 %

*) Befragte, die „Nationalistisch" für eine gute Eigenschaft halten.

Für ihre Anhänger ist die NPD unter den Selbständigen wie unter den Arbeitern, unter den Protestanten wie unter den Katholiken gleichermaßen die nationale Partei. Nationalismus ist also die über Klassen- und Konfessionsgegensätze hinweggreifende Klammer. Dieser gemeinsame ideologische Nenner könnte der Partei — bei der gegebenen nationalistischen Einstellung weiter Bevölkerungskreise — potentiell auch eine Massenbasis sichern.

3. Die sozialistische Komponente der Ideologie von NPD-Anhängern

Wir haben an anderer Stelle die These vertreten, daß erfolgreiche rechtsradikale Bewegungen teilweise „links" sind[35]). Solche „linke" Einstellungen der NPD-Anhänger zeigten sich auch in Baden-Württemberg. Forderungen nach einer Verstaatlichung der Grundindustrien oder ein Schutz des Streikrechts der Arbeitnehmer wurden von NPD-Anhängern überdurchschnittlich häufig unterstützt. Das Gleiche gilt für die Beurteilung der Lage des „kleinen Mannes" und für die Bewertung von wirtschaftspolitischen Programmen, die diese Lage des „kleinen Mannes" verbessern könnten. Betrachtet man die NPD-Anhänger insgesamt, so ist die „sozialistische" Komponente der Einstellungen nicht so ausgeprägt vorhanden wie die bereits diskutierte nationalistische

[35]) Erwin K. Scheuch und Hans D. Klingemann: Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften. In: Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1967, S. 12.

Grundorientierung. Die sozialistische Komponente kennzeichnet vor allem die Arbeitnehmer unter den NPD-Anhängern.
„Sozialistisch" hat sich als Bestandteil des images der NPD nicht in gleicher Weise durchsetzen können, wie „nationalistisch". Dennoch wurde die NPD, zwar weit nach der SPD, aber vor der CDU (4 Prozent) und vor der FDP (3 Prozent) mit 9 Prozent als eine sozialistische Partei eingestuft. Die Wähler der NPD waren zu einem Viertel dieser Ansicht. Es ist vor allem dieses image, das den Grenzwählern vom Typ CDU/SPD unter den Arbeitern erlaubt, die NPD als wählbare Alternative anzusehen.

Tabelle 11: Die sozialistische Komponente der Ideologie von NPD-Anhängern

	NPD-Präferenz					
	NPD-Wähler	NPD-Potential	Schwache Gegnerschaft zur NPD	Starke Gegnerschaft zur NPD	Indifferent, keine Angabe	Insgesamt
	%	%	%	%	%	%
1. Bewertung der Forderung nach einer „Verstaatlichung der Grundindustrien".						
Zustimmung	29	9	8	12	7	10
Ablehnung	39	49	40	38	30	39
2. Bewertung der Forderung nach einer „Beschränkung des Streikrechts der Arbeitnehmer".						
Zustimmung	16	24	21	15	17	18
Ablehnung	68	47	42	52	32	46
3. Bewertung des Satzes: „Denen, die heute bei uns Macht und Geld besitzen, ist es egal, was aus dem einfachen Mann wird."						
Zustimmung	71	59	50	53	56	54
Ablehnung	29	37	46	44	39	42
4. Bewertung der Sätze: „Es gibt verschiedene Programme, wie man eine bessere Wirtschaftslage erreichen kann. A: Die einen sagen: Vor allem muß der Staat die Sozialausgaben einschränken. Wenn die Regierung das Kindergeld und die Beihilfe an die Krankenkassen nicht dauernd erhöht, wird sich die Wirtschaftslage wieder verbessern. B: Die anderen sagen: Wichtig ist vor allem, daß die Einschränkungen nicht den kleinen Mann treffen. Wenn der Staat für die Rentner, für die Arbeiter und für die kinderreichen Familien nicht genug Geld hat, muß er eben die Steuern für die besser Verdienenden erhöhen. Welchem Programm würden Sie eher zustimmen?"						
Programm A	6	12	14	11	19	13
Programm B	77	70	62	69	52	65
N	31	118	171	387	188	895
=	3 %	13 %	19 %	44 %	21 %	100 %

Anmerkung: Die Prozentzahlen addieren nicht in jedem Falle auf 100. Die Restkategorie enthält: Keine Angabe.

TABELLENANHANG

Tabelle I: Wahlbeteiligung und Parteistimmenanteile bei den Landtagswahlen 1968 und 1964 in ihrer Beziehung zueinander

Baden-Württemberg		$\bar{x}$ %	Wahlbeteiligung r	CDU r	SPD r	FDP r
Wahlbeteiligung	1968	70,7				
	1964					
CDU	1968	44,2	.20			
	1964	46,2	.44			
SPD	1968	29,0	—.12	—.67		
	1964	37,3	—.47	—.77		
FDP	1968	14,4	—.08	—.68	—.03	
	1964	13,1	—.14	—.63	—.01	
NPD	1968	9,8	—.16	—.53	.16	.35
Nord-Württemberg						
Wahlbeteiligung	1968	72,2				
	1964	69,7				
CDU	1968	38,6	.10			
	1964	39,4	.37			
SPD	1968	30,5	—.09	—.32		
	1964	39,9	—.35	—.54		
FDP	1968	17,6	.12	—.68	—.42	
	1964	16,6	—.09	—.62	—.32	
NPD	1968	10,2	—.26	—.22	—.64	.52
Nord-Baden						
Wahlbeteiligung	1968	69,2				
	1964	65,7				
CDU	1968	43,4	.48			
	1964	46,8	.52			
SPD	1968	32,2	—.19	—.85		
	1964	40,5	—.47	—.91		
FDP	1968	10,8	—.42	—.54	.09	
	1964	8,7	—.07	—.09	—.33	
NPD	1968	11,0	—.18	—.01	—.25	.04
Südbaden						
Wahlbeteiligung	1968	69,4				
	1964	64,3				
CDU	1968	50,5	.67			
	1964	51,9	.52			
SPD	1968	26,2	—.28	—.80		
	1964	34,7	—.44	—.86		
FDP	1968	12,4	—.51	—.30	—.27	
	1964	10,8	—.18	—.43	—.09	
NPD	1968	8,9	—.41	—.75	.57	.16

Südwürttemberg-Hohenzollern

		$\bar{x}$ %	Wahlbeteiligung r	CDU r	SPD r	FDP r
Wahlbeteiligung	1968	70,9				
	1964	69,9				
CDU	1968	50,9	.46			
	1964	54,7	.86			
SPD	1968	24,5	—.30	—.87		
	1964	30,5	—.78	—.87		
FDP	1968	14,0	—.40	—.86	.52	
	1964	12,6	—.74	—.84	.46	
NPD	1968	8,5	—.60	—.59	.60	.30

Tabelle II: Zusammenhänge der Veränderungen der Wahlbeteiligung bzw. der Parteistimmenanteile (für die NPD: Parteistimmenanteil 1968) zwischen der Landtagswahl 1964 und 1968 (1964 = 100)

Baden-Württemberg (72 Stadt- und Landkreise)	CDU r	SPD r	FDP r	NPD r
Wahlbeteiligung	.33	—.41	.01	.08
CDU		—.51	—.32	—.27
SPD			—.07	—.13
FDP				—.19
Nordwürttemberg (22 Stadt- und Landkreise)				
Wahlbeteiligung	.00	—.42	—.03	.11
CDU		.35	—.53	—.37
SPD			—.18	—.63
FDP				—.26
Nordbaden (13 Stadt- und Landkreise)				
Wahlbeteiligung	.06	—.03	.22	—.23
CDU		.15	—.45	—.26
SPD			—.71	.19
FDP				—.34
Südbaden (20 Stadt- und Landkreise)				
Wahlbeteiligung	.61	—.56	.13	—.12
CDU		—.83	—.19	—.55
SPD			—.24	.54
FDP				.07
Südwürttemberg-Hohenzollern (17 Stadt- und Landkreise)				
Wahlbeteiligung	.47	—.41	—.39	.48
CDU		—.71	—.60	.28
SPD			.42	—.44
FDP				—.31

Tabelle III: Indikatoren zur Erfassung von NPD-Präferenz

Indikator I: „Welcher Partei haben Sie bei der Landtagswahl Ihre Stimme gegeben?"

Indikator II: „Würden Sie persönlich eventuell einmal die NPD wählen oder haben Sie sie schon gewählt?"

Indikator I	Indikator II: Würde eventuell einmal NPD wählen	Habe NPD schon einmal gewählt	Nein, habe sie nicht gewählt und werde sie nicht wählen	Keine Angabe	Verweigert	Insgesamt
Wahlentscheidung 1968	%	%	%	%	%	%
CDU	23	3	36	17	25	21
SPD	16	—	25	17	5	32
FDP	11	3	9	2	10	9
NPD	—	86	—	—	—	3
DL	—	6	2	—	2	2
Andere Parteien	—	—	0	—	—	0
Nichtwähler	33	—	18	36	10	19
Keine Angabe	6	3	5	15	10	6
Verweigert	11	—	5	13	38	8
N	92	36	674	53	40	895
=	10 %	4 %	75 %	6 %	5 %	100 %

Tabelle IV: Indikatoren zur Erfassung von NPD-Präferenz

Indikator I: „Welcher Partei haben Sie bei der Landtagswahl Ihre Stimme gegeben?"

Indikator III: „Jetzt würde mich interessieren, wie Sie heute über die Parteien CDU, SPD, FDP, NPD und die Demokratische Linke denken. Hier haben wir eine Art Thermometer (Skalometer). Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, umso sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei, je weiter Sie auf den schwarzen Kästchen nach unten gehen, umso mehr lehnen Sie die Partei ab ... Und was halten Sie von der NPD?"

Indikator III	Indikator I: Wahlentscheidung Landtagswahl 1968								
NPD-Einstufung (Skalometer-Frage)	CDU %	SPD %	FDP %	NPD %	Andere Parteien %	Nicht-Wähler %	Verweigert %	Keine Angabe %	Insgesamt %
Positive Einstufung (+5 bis +1)	4	5	3	81	(12)	9	14	8	9
Negative Einstufung (—1 bis —4)	24	23	27	—	(25)	20	23	15	22
Stark negative Einstufung (—5)	51	59	53	3	(56)	36	23	30	45
Indifferente Einstufung (0)	21	13	17	16	(7)	35	39	47	24
Keine Angabe, Weiß nicht									
N	286	192	77	31	16	171	69	53	895
= %	32	21	9	3	2	19	8	6	100

Tabelle V: Indikatoren zur Erfassung von NPD-Präferenz

Indikator II: „Würden Sie persönlich eventuell einmal die NPD wählen oder haben Sie sie schon gewählt?"

Indikator III: „Jetzt würde mich interessieren, wie Sie heute über die Parteien CDU, SPD, FDP, NPD und die Demokratische Linke denken. Hier haben wir eine Art Thermometer (Skalometer). Je weiter Sie auf den weißen Kästchen nach oben gehen, umso sympathischer ist Ihnen die betreffende Partei, je weiter Sie auf den schwarzen Kästchen nach unten gehen, umso mehr lehnen Sie die Partei ab ... Und was halten Sie von der NPD?"

Indikator III NPD-Einstufung	Habe schon einmal NPD gewählt	Würde eventuell einmal NPD wählen	Nein, habe sie nicht gewählt und würde sie nicht wählen	Keine Angabe	Verweigert	Insgesamt
Positive Einstufung (+5 bis +1)	75	33	2	7	5	9
Schwach negative Einstufung der NPD (—1 bis —4)	5	23	22	26	20	22
Stark negative Einstufung der NPD (—5)	3	20	54	23	20	45
Keine Angabe, Indifferent (0)	17	25	21	43	55	24
N	36	92	674	53	40	895
=	4 %	10 %	75 %	6 %	5 %	100 %

Tabelle VI: Wählerfluktuation zwischen der Landtagswahl 1964 und der Landtagswahl 1968

Wahlentscheidung 1968	Wahlentscheidung 1964 CDU %	SPD %	FDP %	Andere Parteien %	Nichtwähler %	Nicht wahlberechtigt %	Verweigert, keine Angabe %	Insgesamt %
CDU	71	4	14	—	3	28	5	32
SPD	3	65	4	(17)	8	13	8	21
FDP	4	4	54	—	7	17	2	9
NPD	3	4	4	(17)	7	4	1	3
Andere Parteien	—	4	1	(50)	—	2	2	2
Nichtwähler	14	13	19	(17)	71	28	12	19
Verweigert, keine Angabe	5	6	3	—	4	8	70	14
N	343	237	70	6	72	47	120	895
= %	38	27	8	1	8	5	13	100

Tabelle VII: Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 1964 und NPD-Präferenz

NPD-Präferenz 1968	Wahlentscheidung 1964								
	SPD %	CDU %	FDP %	Andere Parteien %	Nichtwähler %	Nicht wahlberechtigt %	Keine Angabe %	Verweigert %	Insgesamt %
NPD-Wähler	4	3	4	(17)	7	4	2	—	3
NPD-Potential	13	10	19	(17)	18	15	14	14	13
Schwache NPD-Gegnerschaft	19	19	19	(17)	22	19	11	23	19
Starke NPD-Gegnerschaft	51	50	37	(50)	24	40	27	23	44
Keine Angabe, Indifferent	12	18	21	—	29	21	46	39	21
N	237	343	70	6	72	47	56	64	895
= %	26	38	8	1	8	5	6	7	100

Tabelle VIII: Zur Demographie der NPD-Anhänger: Ergebnisse der amtlichen, repräsentativen Wahlstatistik

Demographische Merkmale	Amtliche repräsentative Wahlstatistik					Umfrage Mai 1968	
	Alle Wähler %	NPD-Wähler %	SPD-Wähler %	CDU-Wähler %	FDP-Wähler %	NPD-Wähler %	NPD-Potential %
1. *Geschlecht*							
Männer	53	64	51	40	49	77	59
Frauen	47	36	49	60	51	23	41
2. *Altersgruppen* (Jahre)							
21 bis unter 30	16	13	15	15	17	16	26
30 bis unter 45	31	34	33	30	31	45	33
45 bis unter 60	27	33	27	27	28	29	24
60 Jahre und älter	26	20	25	28	24	10	17
N						31	118
= %						3	13

Tabelle IX: Zur Demographie der NPD-Anhänger: Ergebnisse der Umfrage

Demographische Merkmale	Landtagswahl 1968					
	Wahlberechtigte insgesamt	NPD-Wähler	NPD-Potential	SPD-Wähler	CDU-Wähler	FDP-Wähler
	%	%	%	%	%	%
1. *Beruf des Haushaltungsvorstandes*						
Kleine und mittlere Selbständige	13	22	12	9	11	28
Selbständige Landwirte	6	3	9	0	8	16
Freie Berufe, Leitende Angestellte, Höhere Beamte	9	10	9	10	7	9
Untere und mittlere Beamte	8	10	8	8	9	6
Ausführende und qualifizierte Angestellte	14	13	12	12	16	20
Facharbeiter	26	26	26	36	23	6
Arbeiter	16	13	19	21	15	3
Hausfrauen	6	3	3	2	9	4
In Berufsausbildung	2	—	2	2	2	8
2. *Soziale Schicht (Punktwertindex)*						
Unterschicht	35	39	31	44	34	9
Untere und mittlere Mittelschicht	40	35	47	38	40	45
Obere Mittelschicht und Oberschicht	12	16	13	12	10	25
Nicht eingestuft	13	10	9	6	16	21
3. *Subjektive Schichtzurechnung*						
Arbeiterschicht	43	35	41	56	45	10
Mittelschicht	43	55	48	35	45	69
Obere Mittelschicht und Oberschicht	7	10	7	5	5	13
Keine Schichtzurechnung	6	—	4	4	5	8
4. *Konfession*						
Katholiken	46	33	47	31	64	19
Nicht-Katholiken	54	67	53	69	36	81
N	895	31	118	192	286	77
= %	100	3	13	21	32	9

Tabelle X: Die Wahlentscheidung bei der Landtagswahl 1968 nach Konfession und Kirchgangshäufigkeit[1])

Wahlentscheidung 1968	Katholiken		Nicht-Katholiken		Insgesamt
	Kirchgänger	Nicht-kirchgänger	Kirchgänger	Nicht-kirchgänger	
	%	%	%	%	%
SPD	8	20	27	27	21
CDU	58	33	33	15	32
FDP	4	4	13	13	9
NPD	2	3	1	6	3
Andere Parteien	0	1	1	6	3
Nichtwähler	14	22	13	23	19
Keine Angabe	14	17	12	12	14
N	187	222	172	314	895
= %	21	25	19	35	100

Tabelle XI: NPD-Präferenz nach Konfession und Kirchgangshäufigkeit

NPD-Präferenz	Katholiken		Nicht-Katholiken		insgesamt
	Kirchgänger	Nicht-Kirchgänger	Kirchgänger	Nicht-Kirchgänger	
	%	%	%	%	%
NPD-Wähler	1	3	1	6	3
NPD-Potential	10	17	12	13	13
Schwache Gegnerschaft zur NPD	20	19	19	19	19
Starke Gegnerschaft zur NPD	45	40	44	44	44
Indifferent, keine Angabe	24	21	25	18	21
N	187	222	172	314	895
= %	21	25	19	35	100

Tabelle XII: Die Konfessionsstruktur der Wählerschaften von SPD, CDU, FDP, NPD und des NPD-Potentials bei der Landtagswahl 1968

Konfession	Wahlentscheidung 1968 und NPD-Potential					
	SPD	CDU	FDP	NPD	NPD-Potential	Durchschnittl. Verteilung der Konfession
	%	%	%	%		
Katholische Kirchgänger	8	38	9	10	15	21
Katholische Nicht-Kirchgänger	23	26	10	23	32	25
Nicht-Katholische Kirchgänger	24	20	29	6	17	19
Nicht-Katholische Nicht-Kirchgänger	45	16	52	61	36	35
N	192	286	77	31	118	895
= %	21	32	9	3	13	100

[1]) Katholische Kirchgänger: Kirchgangshäufigkeit mindestens einmal in der Woche bzw. häufiger.
Nicht-katholische Kirchgänger: Kirchgangshäufigkeit mindestens einmal im Monat bzw. häufiger.

Tabelle XIII: Kirchliche Bindung und NPD-Präferenz
(Kirchliche Bindung = „Was bedeutet Ihnen Ihre Kirche?")

NPD-Präferenz	Subjektive Bedeutung der Kirche: Sehr viel		Viel		Gleichgültig		wenig, Sehr wenig, Keine Angabe		
	Katholiken %	Nicht-Katholiken %	Katholiken %	Nicht-Katholiken %	Katholiken %	Nicht-Katholiken %	Katholiken %	Nicht-Katholiken %	Insgesamt %
NPD-Wähler	—	2	3	3	5	5	5	10	3
NPD-Potential	10	12	11	11	19	14	21	15	13
Schwache Gegnerschaft zur NPD	19	16	23	24	17	19	14	8	19
Starke Gegnerschaft zur NPD	47	47	38	42	46	41	37	54	44
Indifferent, keine Angabe	24	23	25	20	13	21	23	13	21
N	117	89	162	187	87	150	43	60	895
= %	13	10	18	21	10	17	5	6	100

Tabelle XIV: NPD-Präferenz und Gewerkschaftsmitgliedschaft

NPD-Präferenz	Mitgliedschaft in Gewerkschaften: Mitglieder %	Nicht-Mitglieder %	Insgesamt %
NPD-Wähler	6	3	3
NPD-Potential	10	13	13
Schwache Gegnerschaft zur NPD	19	19	19
Starke Gegnerschaft zur NPD	58	42	44
Indifferent, keine Angabe	7	23	21
N	90	805	895
= %	10	90	100

Tabelle XV: Einstellung zu den Gewerkschaften bei Arbeitern und NPD-Präferenz („Wie stehen Sie zu den Gewerkschaften?")

NPD-Präferenz	Sehr gut, gut %	Neutral %	Schlecht, Sehr schlecht, Keine Angabe %	Insgesamt %
NPD-Wähler	4	1	5	3
NPD-Potential	12	8	29	14
Schwache Gegnerschaft zur NPD	21	19	12	19
Starke Gegnerschaft zur NPD	46	43	43	44
Indifferent, keine Angabe	17	29	11	20
N	169	131	75	375
= %	19	15	8	42

Tabelle XVI: Mittelwerte und Streuungsmasse für die Verteilung sozialstruktureller Merkmale Baden-Württembergs (ökologische Einheit: 72 Stadt- und Landkreise)

Gebietseinheit	Mittelwert	Streuungsmasse: Standardabweichung	Streuungsmasse: Variationskoeffizient ($V=\frac{S}{\bar{x}}$)
Baden-Württemberg			
Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung (1961)	51,4	22,5	0,44
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (1961)	15,6	10,1	0,65
Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen (1961)	44,9	6,8	0,15
Nordwürttemberg			
Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung (1961)	34,7	13,9	0,40
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (1961)	14,5	11,1	0,76
Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen (1961)	45,9	7,5	0,16
Nordbaden			
Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung (1961)	49,2	16,9	0,34
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (1961)	11,9	10,4	0,87
Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen (1961)	45,1	7,5	0,17
Südbaden			
Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung (1961)	67,2	14,5	0,22
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (1961)	16,7	8,4	0,50
Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen (1961)	43,3	5,7	0,13
Südwürttemberg-Hohenzollern			
Anteil der Katholiken an der Wohnbevölkerung (1961)	56,1	27,6	0,49
Anteil der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft (1961)	18,5	9,5	0,51
Anteil der Arbeiter an den Erwerbspersonen (1961)	45,2	6,2	0,14